



Europäische  
Kommission



# Angemessene Vorkehrungen in Europa nicht nur für das Merkmal „Behinderung“?

## ***Zusammenfassung***

Europe Direct ist ein Dienst,  
der Ihnen bei Fragen zur Europäischen Union  
unter einer gebührenfreien Nummer(\*) hilft:  
**00 800 6 7 8 9 10 11**

(\*) Manche Mobiltelefonbetreiber gewähren keinen Zugang zu 00800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Darüber hinaus steht im Internet auf dem Internet-Server Europa ( <http://europa.eu>) eine Vielzahl von Informationen zur Europäischen Union zur Verfügung.

© Europäische Union, 2013

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Angaben zur Katalogisierung befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013.

ISBN 978-92-79-35395-6

DOI 10.2838/86445

*Gedruckt in Luxemburg*

GEDRUCKT AUF WEISSEM CHLORFREI GEBLEICHTEN PAPIER



# Angemessene Vorkehrungen in Europa nicht nur für das Merkmal „Behinderung“?

## *Zusammenfassung*

Europäisches Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung

Verfasst von Emmanuelle Bribosia und Isabelle Rorive

Beratung: Lisa Waddington

**Europäische Kommission**

Generaldirektion Justiz

Manuskript abgeschlossen im September 2013



Der vorliegende Bericht wurde von der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission zur eigenen Verwendung erstellt und finanziert. Er gibt nicht unbedingt die offizielle Haltung der Kommission wider.

Der Bericht wurde vom Europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung (aus Gründen der Rasse oder ethnischen Herkunft, des Alters, einer Behinderung, der Religion oder Weltanschauung sowie der sexuellen Ausrichtung) in Auftrag gegeben und von Aileen McColgan unter Anleitung der Migration Policy Group verfasst. Das Europäische Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung wird geleitet von:

**Human European Consultancy**

Maliestraat 7  
3581 SH Utrecht  
Netherlands  
Tel +31 30 634 1422  
Fax +31 30 635 2139  
office@humanconsultancy.com  
www.humanconsultancy.com

**The Migration Policy Group**

Rue Belliard 205, Box 1  
1040 Brussels  
Belgium  
Tel +32 2 230 5930  
Fax +32 2 280 0925  
info@migpolgroup.com  
www.migpolgroup.com

Die Veröffentlichung wird im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007-2013) PROGRESS unterstützt, das von der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission verwaltet wird. Dieses Programm wurde eingerichtet, um die Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung und Soziales – wie in der Sozialpolitischen Agenda ausgeführt – finanziell zu unterstützen und somit zum Erreichen der Vorgaben der Strategie von Lissabon in diesen Bereichen beizutragen.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://ec.europa.eu/progress>

Informationen über die Veröffentlichungen des Europäischen Netzes unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung finden Sie auf folgender Website: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=615&langId=en&moreDocuments=yes>

© Fotos und Layout: Ruben Timman / [www.nowords.nl](http://www.nowords.nl)

Für die Verwendung oder den Nachdruck von Fotos, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterstellt sind, muss eine Genehmigung direkt bei dem/den Inhaber/n des Urheberrechts eingeholt werden.

# Zusammenfassung

Der Begriff „angemessene Vorkehrung“ steht im Zusammenhang mit dem Bemühen um tatsächliche Gleichstellung. Er gründet sich auf eine wesentliche Feststellung: Manche Personen werden aufgrund eines Merkmals (beispielsweise Behinderung, Geschlecht, Alter, Rasse, Kultur oder Sprache) an der vollen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehindert. Sie könnten zum Beispiel davon abgehalten werden, bestimmte Bereiche auf herkömmliche Art und Weise zu erreichen. Da die Gesellschaft vor allem auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet ist, die nicht diese Merkmale oder Unterschiede aufweisen, haben jene Personen keinen Zugang zur Beschäftigung, zu Dienstleistungen oder anderen Aktivitäten. So nimmt die Wechselwirkung zwischen den Merkmalen einer Person und dem physischen, sozialen oder normativen Umfeld ihr letztlich die Chancen auf eine Beschäftigung oder eine Dienstleistung, die grundsätzlich allen zugänglich sein sollte. Bisweilen scheint eine Veränderung dieses Umfelds oder eine Anpassung, also eine Vorkehrung für die Personen mit diesem Merkmal, eine derartige Benachteiligung, die sie im Vergleich mit anderen Personen erleben, zu vermeiden.

Von der Konzeption her ist die Pflicht zur angemessenen Vorkehrung eng mit dem Konzept der mittelbaren Diskriminierung verknüpft. Sie gründet sich tatsächlich auf die Vorstellung von einer wesentlichen Gleichstellung durch die Anerkennung der Tatsache, dass eine dem Anschein nach neutrale Regelung, die formell aufgrund eines verbotenen Merkmals keine Unterscheidung vornimmt, tatsächlich jedoch diskriminierend sein kann, wenn sie de facto eine geschützte Personengruppe benachteiligt. Dies entspricht exakt dem Konzept der mittelbaren Diskriminierung. Die mittelbare Diskriminierung ermöglicht jedoch lediglich die Feststellung, ob eine Regelung, ein Kriterium oder ein Verfahren ein diskriminierendes Merkmal aufweist. Ist dieser Fall gegeben, muss eine derartige Regelung, ein derartiges Kriterium oder Verfahren aufgehoben bzw. abgeschafft und durch eine neue, nicht-diskriminierende, allgemein anwendbare Maßnahme ersetzt werden. In manchen Fällen allerdings – wenn die strittige Maßnahme, obwohl sie für eine geschützte Gruppe eine Benachteiligung schafft, als der beste Weg zur Erreichung eines legitimen Ziels erscheint – kann die Anpassung dieser Maßnahme durch Schaffung einer Ausnahme für eine benachteiligte Person der einzige Weg zur Beseitigung des diskriminierenden Charakters sein, ohne den Zweck der Maßnahme zu beeinträchtigen. Aus dieser Perspektive heraus kann eine angemessene Vorkehrung als eine spezifische Maßnahme betrachtet werden, die stärker auf individuelle Merkmale ausgerichtet ist.

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Kanada tauchte das Konzept der mittelbaren Diskriminierung zum ersten Mal in Gleichstellungsgesetzen als Mittel zur Gewährleistung religiöser Vielfalt auf. Es wurde anschließend auf andere Diskriminierungsmerkmale, insbesondere auf das Merkmal Behinderung, übertragen, aber auch – zumindest in Kanada – auf die Merkmale ethnische Herkunft, Alter, Familienstand, Geschlecht und Schwangerschaft. In der Europäischen Union verläuft die Entwicklung des Antidiskriminierungsrechts in anderen Bahnen: Mit der Richtlinie zur Gleichstellung im Beschäftigungsbereich wurde zum ersten Mal eine ausdrückliche Pflicht zur Schaffung angemessener Vorkehrungen geschaffen – zunächst nur für das Merkmal Behinderung. Doch stellt sich immer dringlicher die Frage, ob ein Recht auf angemessene Vorkehrungen vom Verbot der (mittelbaren) Diskriminierung aufgrund anderer Merkmale in den verschiedenen Gleichstellungsrichtlinien abgeleitet werden kann, oder ob anderenfalls ein derartiges Recht in künftigen europäischen Rechtsvorschriften zuerkannt werden sollte.

Im vorliegenden Bericht werden die Vor- und Nachteile einer Ausweitung der Pflicht zur Schaffung angemessener Vorkehrungen über das Merkmal Behinderung hinaus erörtert, wobei der Fokus auf die Diskriminierungsmerkmale gelegt wird, die vom Europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung (Rasse und ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, Alter und sexuelle Ausrichtung) abgedeckt werden. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Ausweitung des Konzepts der angemessenen Vorkehrungen über das Merkmal Behinderung hinaus überflüssig ist, da andere Mittel zur Verfügung stehen (z. B. bewährte Verfahren, dynamische Auslegung der mittelbaren Diskriminierung). Darüber hinaus wird die Frage behandelt, ob das Merkmal Behinderung über besondere Charakteristika verfügt, die eine Rechtfertigung dafür sind, dass es das einzige Merkmal ist, für das

im EU-Recht eine Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen geschaffen wurde. Mit anderen Worten: Sollten andere geschützte Merkmale auf die gleiche Weise behandelt werden? Im Bericht werden die Erfahrungen in Nordamerika (Teil I), die Situation im Europarat (Teil II), die aktuelle Rechtslage in der Europäischen Union (Teil III) und die Rechtslage und die Verfahren in den EU-Mitgliedstaaten (Teil IV) erläutert. In den Mitgliedstaaten beziehen sich die vom Europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung übermittelten Beispiele für angemessene Vorkehrungen hauptsächlich auf das Merkmal Religion und Weltanschauung und betreffen: 1.) Urlaub für religiöse Feste sowie flexible Arbeitszeiten, 2.) ernährungsspezifische Anforderungen und das Schlachten von Vieh, 3.) Anpassung der Beschäftigung oder der Anforderungen für die Berufsausbildung und 4.) religiöse Symbole sowie Kleidervorschriften. In den Länderberichten wird selten über Beispiele für angemessene Vorkehrungen in Bezug auf die ethnische Herkunft berichtet. Diese betreffen dann vor allem die Gruppe der Roma. Die Anwendung des Konzepts der angemessenen Vorkehrungen auf das Merkmal Alter birgt das Problem der Abgrenzung zu anderen Begriffen, insbesondere zu Maßnahmen zur Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse bestimmter Kategorien von Personen oder zur Gewährleistung besonderer Bedingungen für junge Arbeitnehmer.

In Europa leitet sich das Konzept der angemessenen Vorkehrung wie in Kanada und den Vereinigten Staaten von dem Recht auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung ab. Die Abgrenzungen und der Anwendungsbereich unterscheiden sich jedoch von einer Rechtsordnung zur anderen. Während in den Vereinigten Staaten ein Recht auf angemessene Vorkehrungen für die beiden Merkmale Behinderung und Religion im Beschäftigungsbereich gesetzlich anerkannt ist, gilt es in Kanada auch über diese beiden Merkmale hinaus. So beispielsweise für die ethnische Herkunft, das Alter und das Geschlecht und zudem in weiteren Bereichen als der Beschäftigung (beispielsweise in der Bildung). In Kanada ist das Recht auf angemessene Vorkehrungen tatsächlich am weitesten ausgedehnt. Dies liegt an der Tatsache, dass das Mittel der angemessenen Vorkehrungen in der Durchsetzung des Konzepts einer wesentlichen Gleichstellung wurzelt. Die Europäische Union hat die Pflicht auf angemessene Vorkehrungen bisher nur für Menschen mit Behinderungen im Beschäftigungsbereich geschaffen. Und nur sehr wenige Mitgliedstaaten haben ein ausdrücklich allgemein gültiges Recht auf angemessene Vorkehrungen über das Merkmal Behinderung hinaus eingeführt.

Weist das Merkmal Behinderung besondere Charakteristika auf, die seinen Status als einziger Diskriminierungsgrund, bei dem eine Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen im EU-Recht besteht, rechtfertigen? Es ist weltweit unbestritten, dass die Gesellschaft Menschen mit Behinderungen besser integrieren muss. Und so besteht denn ein Schlüsselpunkt bei der Pflicht zur angemessenen Vorkehrung darin, dass die Situation des Einzelnen zu analysieren ist, was dem Antidiskriminierungsrecht bezüglich des Merkmals Behinderung sehr entgegenkommt. Anders als beim Merkmal Alter und den besonderen Bedürfnissen älterer Arbeitnehmer (die von einer zur anderen Personen stark variieren können) verlagert sich der Fokus bei der Berücksichtigung religiös oder ethnisch bedingter Anforderungen von der Einzelperson auf die Gruppe. Hierbei können sich allerdings Schwierigkeiten ergeben, wenn religiöse Überzeugungen oder kulturell bedingte Einschränkungen der Geschlechtergleichstellung zuwiderlaufen oder eine unterschiedliche Behandlung aufgrund der sexuellen Ausrichtung unterstützen. So dürfen denn auch die sehr lebhaften Debatten, die bei der Anwendung des Mittels der angemessenen Vorkehrungen auf das Merkmal Religion sogar außerhalb des Kreises von Rechtsexperten in Kanada und den Vereinigten Staaten geführt wurden (vgl. die Arbeit des Bouchard-Taylor-Ausschusses 2007-2008 in Quebec), nicht außer Acht gelassen werden. Die Einführung dieses Konzepts für das Merkmal Religion konfrontiert moderne Gesellschaften mit der grundlegenden Frage, wie mit religiöser Vielfalt in einem demokratischen Staat umzugehen ist. Außerdem stellt sich die strittige Frage, welche Werte in einer Demokratie zu schützen sind. Ist es legitimer, Arbeitnehmer samstags von der Arbeit freizustellen, damit sie den Sabbat einhalten können, als sie freizustellen, damit sie an wöchentlichen Sitzungen einer Gruppe teilnehmen können, die sich für die Freilassung politischer Häftlinge einsetzt, oder damit sie mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen können? Und so weisen denn manche Autoren darauf hin, dass mit der Einführung angemessener Vorkehrungen für das Merkmal Religion Menschen bevorzugt behandelt werden, die ihre Religion auf orthodoxe Weise ausüben. Natürlich ist es nicht einfach, das richtige Maß zu finden, wenn religiöse Minderheiten ausgegrenzt werden. So ist auch das Tragen des Hijabs durch muslimische Frauen umstritten, da die Fragen der Gleichstellung aufgrund des Geschlechts und der Rasse eng mit der Religion verknüpft sind, wie sich an manchem Rechtsstreit in den Mitgliedstaaten erkennen lässt. In diesem

Zusammenhang könnte das vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bezüglich der Roma entwickelte Konzept der „vulnerablen“ Gruppe helfen, soziale Stigmata zu demontieren und die Tatsache hervorzuheben, dass die übergreifende Frage nicht die gleiche ist, wenn ein Mitglied einer Minderheit eine angemessene Vorkehrung verlangt, als wenn sie von einem Mitglied der Mehrheit verlangt wird. Außerdem könnte es bei Fällen hilfreich sein, bei denen es zur Überschneidung verschiedener Merkmale kommt (intersektionelle Diskriminierung). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird kaum darüber diskutiert, ob die Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen ausgeweitet werden sollte, um Menschen zu schützen, die zwar eine Behinderung aufweisen, aber auch eine besondere Vorkehrung aufgrund eines anderen, durch das Gleichstellungsrecht geschützten Merkmals benötigen.

In Kanada haben sich Gerichte und Gesetzgeber zugunsten angemessener Vorkehrungen ausgesprochen. Sie sehen darin ein Instrument, mit dem Vorschriften und Einrichtungen der kanadischen Gesellschaft so verändert werden können, dass sie für alle gleichermaßen von Nutzen sind. Doch neueste Urteile des Obersten Gerichtshofs legen die Vermutung nahe, dass sich diese Entwicklung ihrem Ende zuneigt: Der Grundsatz angemessener Vorkehrungen für die Merkmale Religion oder Kultur wurde für allgemein gültige Maßnahmen ausgeschlossen. In den Vereinigten Staaten wird für das Merkmal Behinderung ein deutlich höherer Standard für das Konzept der unangemessenen Härte angewandt als beim Merkmal Religion. Nur wenige Anforderungen, die aufgrund des Merkmals Religion gestellt werden, werden de facto erfüllt, da viele den Test der Bagatellkosten nicht bestehen.

In Europa ist die Lage weniger deutlich, als sie zunächst erscheinen mag. Mit Annahme der Richtlinie zur Gleichstellung im Beschäftigungsbereich hat die Europäische Union die Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen lediglich für Arbeitgeber und zugunsten von Menschen mit einer Behinderung geschaffen. Es ist nicht geplant, eine derartige Pflicht für die Merkmale Religion, ethnische Herkunft oder Alter zu schaffen. Das Verbot der mittelbaren Diskriminierung kann jedoch vom Europäischen Gerichtshof oder durch ein Gericht eines Mitgliedstaats in bestimmten Fällen so ausgelegt werden, dass der Verfasser einer allgemein gültigen Vorschrift oder Regelung diese Maßnahme so anzupassen hat, dass eine mittelbare Diskriminierung bestimmter Personen aufgrund ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft oder ihres Alters vermieden wird. Eine ähnliche Auslegung des Diskriminierungsverbots wurde von der kanadischen Rechtsprechung entwickelt und findet in einzelnen Mitgliedstaaten Unterstützung. Der Europäische Gerichtshof verwendete in seinem Urteil in der Rechtssache *Vivien Prais vs. Rat* (1976) eine ähnliche Begründung – zugegebenermaßen ein Urteil, das vor Annahme der Richtlinie 2000/78/EG erging und nicht von weiteren Urteilen bestätigt wurde. Darüber hinaus hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit seinem Urteil in der Rechtssache *Thlimmenos vs. Griechenland* (2000) anerkannt, dass in Übereinstimmung mit dem in Art. 14 der Menschenrechtskonvention verankerten Grundsatz der Nichtdiskriminierung der Gesetzgeber unter bestimmten Umständen dazu aufgefordert werden kann, angemessene Ausnahmen einzuführen, um die Benachteiligung von Personen, die eine bestimmte Religion ausüben, zu vermeiden. Für gewöhnlich lässt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Staaten einen weiten Ermessensspielraum, wenn es um eine Anpassung aufgrund des Merkmals Religion geht. Mit seinem jüngsten Urteil in der Rechtssache *Eweida vs. Vereinigtes Königreich* (2013) könnte er allerdings den Weg für eine strengere Bewertung des Tests auf Verhältnismäßigkeit geebnet haben. Dies stünde eher mit dem durch das UN-Menschenrechtskomitee und den Europäischen Ausschuss für soziale Rechte gegenüber den Roma angewandten Test im Einklang.

Die Entwicklung der Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen als eine Begleiterscheinung des Verbots der mittelbaren Diskriminierung ist in Europa jedoch problematisch, da schon das Konzept der mittelbaren Diskriminierung in vielen Mitgliedstaaten nicht berücksichtigt wird. So lässt sich an den nationalen Berichten des Europäischen Netzes unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung erkennen, wie sehr die Grenzen zwischen Rechtsbegriffen wie angemessene Vorkehrungen, mittelbare Diskriminierung und positive Maßnahmen verschwimmen. Angemessene Vorkehrungen werden manchmal auch mit Maßnahmen assoziiert, die durch Rechtsvorschriften zur Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse einer Kategorie von Personen (Schwangere, junge Arbeitnehmer etc.) eingeführt werden. Obwohl diese Rechtsinstrumente auf ähnlichen Vorstellungen fußen, funktionieren sie – wie bereits erwähnt – auf andere Weise.

Die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union lassen manchmal die Anpassung bestimmter allgemeiner Regeln zu – in manchen Fällen zur Berücksichtigung der Lebensweise nicht sesshafter Roma, meistens jedoch zur Vermeidung einer indirekten Beeinträchtigung der Ausübung einer Religion. Diese Anpassungen lassen sich formell mit bestimmten Anwendungen des Konzepts der angemessenen Vorkehrungen in Kanada und den Vereinigten Staaten vergleichen. Die Beispiele unterscheiden sich jedoch von einer Situation, in der der Staat das allgemeine Recht auf angemessene Vorkehrungen im Beschäftigungsbereich oder in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens anerkennt. Die Zuerkennung eines derart breit angelegten Rechts bedeutet, dass die zu erreichenden Vorkehrungen vorab nicht eingegrenzt werden, und dass die Angehörigen einer Minderheitenreligion den gleichen Schutz genießen wie die Personen, die der Religion der Mehrheit angehören. Derjenige, dem die Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen obliegt, muss jede eingereichte Forderung nach einer derartigen Vorkehrung berücksichtigen und kann sie nur unter den gesetzlich festgelegten Bedingungen abweisen.

Die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten und Kanada zeigen jedoch auch die Probleme, die sich in der Praxis ergeben, wenn angemessene Vorkehrungen im großen Maßstab angewandt werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Gefahr zunehmender Streitfälle, aber auch um die heikle Festlegung der Grenzen der Pflicht zur angemessenen Vorkehrung, insbesondere dann, wenn bei der verlangten Anpassung die Frage der Vereinbarkeit mit anderen Grundrechten wie der Geschlechtergleichstellung auftaucht. Außerdem können die Anpassungen, wenn sie in Form einer Ausnahme zu einer allgemein gültigen Regel vorgenommen werden, mit dem Konzept der formellen Gleichstellung und dem Grundsatz der allgemeinen Verbindlichkeit der Gesetze in Konflikt geraten. Darüber hinaus kann das religiöse Gebot, das Gegenstand der Beschwerde ist, objektiv oder subjektiv angezweifelt werden.

Eine Möglichkeit zur Behandlung dieser Frage könnte in der Förderung verschiedener rechtlicher Lösungen bestehen, falls positive Maßnahmen angebracht erscheinen, da eine geschützte Gruppe als Gruppe betroffen ist. So wie es allgemein gültige Vorschriften zur Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse schwangerer Frauen oder junger Arbeitnehmer gibt, könnten vergleichbare Regeln eingeführt werden, um beispielsweise Roma oder Nichtsesshaften ihre traditionelle Lebensweise zu ermöglichen oder Minderheiten Urlaub zu gewähren, damit sie religiöse Feste auch an den Tagen feiern können, die nicht den gesetzlichen Feiertagen entsprechen. Andere Probleme könnten mit der Anwendung des Konzepts der mittelbaren Diskriminierung und einem strengen Test der Verhältnismäßigkeit gelöst werden. Im Einklang hiermit könnten angemessene Vorkehrungen bei Situationen angewandt werden, die eine Bewertung des Einzelfalls erfordern. Dies betrifft meistens Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen, deren Situation ad hoc-Maßnahmen für die Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse erfordern, damit sie ihrer Arbeit nachgehen oder im allgemeinen voll und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können.



## **Europäische Kommission**

Angemessene Vorkehrungen in Europa nicht nur für das Merkmal „Behinderung“?

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union

2013 — 6 S. — 21 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-35395-6

DOI 10.2838/86445

Wo erhalte ich Veröffentlichungen der EU?

Unsere kostenpflichtigen Veröffentlichungen können über den EU Bookshop bezogen werden (<http://bookshop.europa.eu>).

Dort können Bestellungen an eine von Ihnen ausgewählte Vertriebsstelle aufgegeben werden.

Das Amt für Veröffentlichungen verfügt über ein weltweites Netz von Vertriebsstellen, deren Kontaktdaten per Fax unter der Nummer +352 29 29-42758 angefragt werden können.

